

Gefährliche Macht des Bürgers

Die Politik scheitert mit ihren Großprojekten

VON ROLAND ENGLISCH

Es ist wieder geschehen. Per Bürgerentscheid haben Menschen ein Großprojekt gekippt, das sie gar nicht berührt hätte. Zuletzt hatten die Münchener die dritte Startbahn am Flughafen im 40 Kilometer entfernten Erding ausgebremst. Jetzt steht in Mittelfranken die Stadt-Umland-Bahn auf dem Abstellgleis.

Für die Politik verheißt das nichts Gutes. Bei der Bahn hatten alle an einem Strang gezogen, Parteien, Gewerkschaften, Verbände. Und trotzdem hebelte eine Minderheit das Projekt aus, weil die Mehrheit gar nicht erst zur Abstimmung gegangen war. Die Handelnden lässt das ratlos zurück.

Sie sei, sagt die Erlanger SPD-Abgeordnete Alexandra Hiersemann grundsätzlich für basisdemokratische Elemente. „Nur, weil mir ein Ergebnis nicht gefällt, ändert sich das auch nicht.“ Doch die aktuellen Fälle zeigen in ihren Augen zwei ernsthafte Probleme auf: Da seien wenige Gegen-

ner eines Projekts, die „mit populistischen Behauptungen“ bei denen punkten, die sich bestenfalls unzureichend informiert hätten. Vor allem aber votierten Menschen gegen Projekte, die anderen, aber nicht ihnen selbst nutzen.

Das könnte sich bei den geplanten Stromtrassen wiederholen. Er Sorge sich „ernsthaft um die Zukunftsfähigkeit und die Zukunftswilligkeit Bayerns“, sagt der CSU-Politiker Erwin Huber. Huber glaubt an ein Zusammenspiel von Zufriedenheit, Wohlstand und Sicherheit auf der einen und dem Widerwillen gegen Veränderungen auf der anderen Seite. „Niemand will sich selbst belasten“, sagt er. Die Menschen sähen nur den Ärger der Großprojekte, nicht ihren Nutzen.

Ein Altersproblem?

Der CSU-Politiker nennt das ein „strukturelles Defizit unserer Gesellschaft“; er warnt, wer sich auf dem Erreichten ausruhe, der „versündigt sich an der Zukunft“. Nicht nur Huber sieht darin ein Generationenproblem. Die, die sich verweigern, seien häufig älter, sagt Huber. Ihnen fehle die Experimentierfreude der Jüngeren, deren Wagemut.

Das Sankt-Florians-Prinzip ist keine Neuheit. Wo möglich, haben die Menschen schon immer Probleme abgeschoben oder verlagert. Neu sind die Instrumente, die ihnen die Politik an die Hand gegeben hat etwa mit dem Bürgerentscheid.

Dessen niedriges Quorum hält Alexandra Hiersemann bis heute für richtig. „Wir haben es bewusst so tief angesetzt, damit die Entscheidung stattfinden“, sagt die SPD-Po-

litikerin. Anders als bei einem Volksentscheid können die Initiatoren die Unterschriften überall sammeln, auch an der Haustür. Zumindest das sieht Hiersemann mittlerweile kritisch, weil sich so jeder Bürgerentscheid initiieren lasse.

Dass die Menschen den Bürgerentscheid als Verhinderungsinstrument missbrauchen, glaubt der grüne Fraktionschef Ludwig Hartmann nicht. Auch ihn hat das Nein in Erlangen überrascht; doch wenn er darüber nachdenkt, fällt ihm vor allem eine Ursache ein. Demokratie sei mühsam, sagt Hartmann, und in Erlangen hätten sie zu sehr darauf vertraut, dass ihr breites Bündnis pro Bahn schon tragen werde.

Diese Selbstgewissheit macht Hartmann für das Scheitern verantwortlich. Die Politiker hätten die Leute nicht ausreichend informiert, sie nicht früh genug eingebunden. „das ist harte Arbeit“, sagt er, „rausgehen, erklären, reden, überzeugen.“

In Landsberg habe die Stadt das getan, als sie den zentralen Platz umgestalten wollte. Zweimal hatten Bürgerentscheide das Projekt gekippt. Dann ging die Verwaltung einen neuen Weg, entwarf mehrere Varianten, ließ die Bürger immer wieder darüber abstimmen – und schaffte am Ende den Konsens.

Verheerendes Signal

Auch Hartmann sieht, dass die Zahl gescheiterter Projekte zunimmt – Projekte, deren Sinn unbestritten ist und die trotzdem am Widerstand jener zerschellen, die nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Gegen die Stub etwa hatten vor allem Bürger votiert, denen sie nichts bringt. Der Sinn für die Region, den die Politik sieht, war ihnen egal. Das, sagt Alexandra Hiersemann, sei „ein verheerendes Signal. Wenn das Schule macht, können wir unseren Laden zumachen.“

„Der Einzelne“, sagt auch Erwin Huber, „nimmt keine Belastung mehr hin für das Gemeinwohl.“ Er erkenne „ein großes Stück Egoismus“, sagt Huber und warnt, damit gehe „das Gemeinwohl verloren. Wir haben eine strukturelle Bremse für die Zukunft.“

Selbst Hartmann gibt zu, dass der Trend gefährlich werden könnte. Als Beispiel nennt er die Stromtrassen. Seit CSU-Mann Horst Seehofer sich zum Fürsprecher der Trassen-Anwohner gemacht hat, rätseln alle, wie er das in den Griff bekommen will. Seehofer, warnen sie, legitimiere den Widerstand und feuere ihn noch an. Das sei fatal, heißt es in der CSU. Dort fürchten sie schon den nächsten Bürgerentscheid.

MEINUNG & HINTERGRUND